

# SPD demokratischer pressediens

P/XXX/157

20. August 1975

Die Reise nach drüben

Kohls DDR-Besuch ein überzeugender Beweis für den Erfolg der sozialliberalen Deutschlandpolitik

Von Wilhelm Dröcher MdL

Mitglied des SPD-Präsidiums und Landesvorsitzender der rheinland-pfälzischen SPD

Seite 1 / 38 Zeilen

Vor Regenmachern und Medizinmännern wird gewarnt

Aktuelle Parallelen bei Waldbränden und Konjunkturpolitik

Von Dipl.-Ing. Hans Jürgen Junghans MdB

Mitglied des SPD-Fraktionsvorstandes und Vorsitzender des Fraktionsarbeitskreises Wirtschaftspolitik

Seite 2 bis 4 / 109 Zeilen

Fakten gegen nörgelnde Kritik

Opposition auch in der Europapolitik ohne Alternative

Seite 5 und 6 / 56 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhard Eckert

5300 Bonn 12, Hausallee 2-10  
Postfach: 120 408  
Pressehaus I, Zimmer 217-224  
Telefon: 22 80 37 - 38  
Telefax: 05 64 646 - 48 ppbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH  
5300 Bonn - Bad Godesberg  
Kölnar Straße 109-112, Telefon: 376811

Die Reise nach drüben  
-----

**Kohls DDR-Besuch ein Überzeugender Beweis für den  
Erfolg der sozialliberalen Deutschlandpolitik**

Von Wilhelm Dröschler MdL

Mitglied des SPD-Präsidiums und Landesvorsitzender der rheinland-pfälzischen SPD

Der Mainzer Ministerpräsident und CDU-Vorsitzende Dr. Helmut Kohl gehörte nicht zu jenem kleinen Kreis von Unions-Politikern, die dem Grundvertrag zwischen der Bundesrepublik und der DDR zustimmten, wie etwa Dr. Norbert Blüm und Walther Leisler Kiep. Mit der großen Mehrheit der CDU/CSU lehnte er die neue Ost- und Deutschlandpolitik ab. Er macht aus dieser Haltung gewöhnlich kein Geheimnis, auch wenn er heute "mit den Verträgen leben" will.

Seine außenpolitischen Berater, von Abelein bis Marx (Werner), haben inzwischen aber doch wohl eingesehen, daß nicht alles so geblieben ist, wie es zu Zeiten der Bonner CDU-Regierung etwa in den menschlichen Beziehungen zwischen hier und drüben gewesen ist.

Immerhin hat sich der innerdeutsche Reiseverkehr von West nach Ost im ersten Halbjahr verdoppelt gegenüber dem Vorjahr, aber auch die Zahl der von Ost nach West reisenden Rentner und der Besucher in dringenden Fällen ist mit 620.000 noch weiter angestiegen.

Welche Möglichkeiten selbst für Gegner der Ost- und Deutschlandpolitik heute zu persönlichem Nutzen gegeben sind, beweist die private Reise des CDU-Vorsitzenden in die DDR. Sie wird hemmungslos zur persönlichen Propaganda (mit vorbestellten Fernseh- und Photoaufnahmen) ausgenutzt.

Dr. Kohl hat zwar praktiziert, was er kürzlich auf der Delegierten-tagung der Vertriebenenunion der CDU/CSU empfohlen hat: die besseren Chancen der Reisen in die DDR und in die osteuropäischen Länder zu nutzen. Daran ist kein Wort auszusetzen. Nachdenklich stimmt nur, wenn einerseits der Bundesregierung und den sie tragenden Parteien die Erfolge der gleichen Politik bestritten werden, die Kohl selbst dann zu politischen Geschäften nutzt, indem er sie zu seiner persönlichen Propaganda gebraucht.

(-/20.8.1975/bgy/e/sab)

+ + +

Vor Regenmachern und Medizinmännern wird gewarnt

Aktuelle Parallelen bei Waldbränden und Konjunkturpolitik

Von Dipl.-Ing. Hans Jürgen Junghans MdB

Mitglied des SPD-Fraktionenvorstandes und

Vorsitzender des Fraktionsarbeitskreises Wirtschaftspolitik

Fernsehen, Presse und Kommentatoren haben sich in den letzten Tagen im wesentlichen mit diesen beiden Themen beschäftigt: mit dem Wald- und Flächenbrand in Niedersachsen und mit der Konjunkturpolitik.

Obwohl auf den ersten Blick und scheinbar auch sachlich kein Anlaß besteht, diese beiden Themen miteinander zu verknüpfen, so fällt doch eine Parallellität in der Behandlung der beiden Themen durch Meinungsmacher und Meinungsverbreiter auf. Es fällt auf - das gilt für die weltweite Wirtschaftsrezession und das gilt auch für die Wald- und Flächenbrände -, daß viele der Meinung sind, dieses alles hätte vorausgesehen werden müssen. Man hätte rechtzeitig die Wälder so anlegen müssen, daß sie Schneisen, Gräben und auch eine andere Bewachung gehabt hätten, die nicht so verheerend hätte brennen können; man hätte rechtzeitig den Windwurf beseitigen müssen; und man hätte rechtzeitig für eine voraussehende Koordinierung im Katastrophenschutz sorgen müssen. In der Wirtschaftspolitik hätte man andererseits rechtzeitig erkennen müssen, daß der zurückgegangene Export zu wirtschaftlichen Schwierigkeiten und höheren Arbeitslosenzahlen führen würde; man hätte rechtzeitig erkennen müssen, daß die hohen Personalausgaben im öffentlichen Dienst zwangsläufig zur Lähmung der Investitionstätigkeit der öffentlichen Hand führen würden; und man hätte rechtzeitig erkennen müssen, daß die Ansprüche an das Sozialprodukt durch die verschiedensten Gruppen zwangsläufig zur Verringerung der Wettbewerbsfähigkeit und damit zum Verlust von Arbeitsplätzen führen würden. Wer allerdings die Vokabel "Anspruchsdemokratie" benutzt, meint natürlich immer die jeweils andere Gruppe und nicht die Gruppe, die er selber vertritt.

Gemeinsam ist auch beiden - der Naturkatastrophe einerseits und der Rezession andererseits - ,daß man in beiden Fällen auf Regen wartet, im ersten auf einen kühlen Regen und im letzten auf einen warmen Regen. Genau

wie Regenmacher sich als Hilfe bei der Löschung der Flächenbrände anbieten mit allen möglichen okkulten Rezepten, mangelt es in der Wirtschaftspolitik auch nicht an solchen offenbar schon zum Patent angemeldeten Ratschlägen. Es wird über die Rolle der ertragsunabhängigen Steuern philosophiert, es wird über Indexierung und Lohnpausen gesprochen, Wissenschaftliche Beiräte kusseln sich in Gutachten, andere Gutachten werden folgen. Es melden sich die Interessenten an bestimmten Programmen. Kurzum, an guten Ratschlägen mangelt es nicht. Es mangelt aber noch wie vor an der Nachfrage aus dem Ausland.

Gemeinsam ist den beiden Themen, an denen die Öffentlichkeit in den letzten Tagen naturgemäß sehr viel Anteil genommen hat, daß man sich weniger bemüht, Sachverhalte aufzuklären, um dann aufgrund von Fakten sachlich argumentieren zu können, sondern daß einfach Tatbestände behauptet werden, über deren Richtigkeit oder Unrichtigkeit niemand bis heute eine Aussage machen kann. Genauso wie an den Wald- und Flächenbränden, die noch nicht einmal völlig gelöscht sind, nur jeweils bestimmte Details bekannt sind und noch überhaupt keine Zusammenhänge klar sind, so ist es in diesen Tagen in der Wirtschaftspolitik. Z. B. bei den ertragsunabhängigen Steuern: Hier sind allenfalls Details einiger Unternehmen bekannt. Ein voller Überblick bleibt der Exekutive verwehrt, weil sie über eine einigermaßen aussagekräftige Einkommens- und Vermögensstatistik bisher nicht verfügt. Wie bei den Regenmachern wird behauptet, daß eine Wolke für einen warmen Regen vorhanden wäre, man müßte sie nur zum Regnen bringen. Wie groß die Wolke ist und ob sie überhaupt mehr als ein paar Tropfen liefert, weiß überhaupt niemand genau. Auf der anderen Seite gibt es durchaus eine Reihe von Wolken, die Wasser spenden könnten, wenn man sich nur einig wäre, diese anzuzapfen. Es wird soviel vom Abbau von Personalausgaben gesprochen: man solle diese konsumtiven Ausgaben in investive umwandeln. An konkreten Vorschlägen jedoch - der Ansicht wird sich wohl niemand verschließen - mangelt es nun wieder.

Wer die Empfehlung des wissenschaftlichen Beirats beim Bundesfinanzminister vom 7. August liest, daß sämtliche Rationalisierungereserven zu erschließen seien, die bei Erbringung öffentlicher Leistung zweifellos noch vorhanden sind, der wird dem zustimmen. Mich wundert allerdings, daß man zum Beispiel diesen konkreten Ansatzpunkt hierfür nicht genannt hat:

Nämlich die Fehlentscheidung, die durch den Bundesrat erzwungen wurde, das Kindergeld über die Arbeitsämter unter Aufbau eines eigenen Apparates und nicht durch die Finanzämter auszahlen zu lassen. Die dort auf Dauer einzusparenden Mittel allein für den Verwaltungsaufwand, ohne hier in irgendeiner Weise Leistungen an die Bürger zu beeinträchtigen, würden nach den Schätzungen - sie liegen etwa bei 400 bis 500 Millionen DM jährlich - ausreichen, um den gesamten Kapitaldienst für das jetzt in Aussicht genommene Konjunkturprogramm zu übernehmen. Hier wäre die Probe auf's Exempel zu machen, inwieweit insbesondere die CDU- und CSU-regierten Länder bereit sind, Worten auch Taten folgen zu lassen. Hier würde es jedenfalls gelingen, um mit den Worten der Gutachter zu sprechen, die staatlichen Leistungen billiger bereitzustellen.

Auf dem Papier ist es natürlich relativ einfach, die Wald- und Flächenbrände bereits am Sonnabend oder Sonntag vergangener Woche gelöscht zu haben. Allerdings werden die Leute, die vor den Feuerfronten mit Wasser und Gerät im Einsatz waren, vermutlich anderer Meinung sein und sich sicherlich über die papiernen Vorschläge nicht gerade gefreut haben. Die Weltrezession auf dem Papier zu bekämpfen, ist ebenfalls relativ einfach, besonders wenn man umfassende Patentrezepte zur Hand hat. Sehr viel schwieriger ist es schon, andere Staaten in die Reihe derjenigen einzureihen, die - ebenso wie die Bundesregierung - entschlossen sind, die Weltrezession nicht nur mit Feuerpatschen zu bekämpfen, sondern sie durch gleichzeitige und in etwa gleichwertige Maßnahmen der beteiligten Staaten einzudämmen und zurückzudrängen. Dieses ist das wohlverstandene Interesse aller an der Wirtschaft Beteiligten. Statt die Position der Bundesregierung - insbesondere des Bundeskanzlers - bei diesem schwierigen Unterfangen zu untergraben, wäre es vielmehr notwendig, Bundeskanzler und Bundesregierung in diesen Bemühungen voll zu unterstützen.

Auch das ist den Kommentaren zu den Waldbränden und zur Wirtschaftspolitik gemeinsam: Man urteilt vorschnell über die zu ergreifenden Maßnahmen, ohne deren Wirksamkeit überhaupt auch nur abzuwarten. Die Waldbrände sind inzwischen soweit unter Kontrolle, daß es nunmehr gestattet ist, eine Bilanz zu ziehen. Und auch die konjunkturpolitischen Maßnahmen der Regierung werden sich hinsichtlich ihrer Wirksamkeit einer sachlichen Analyse zu stellen haben. Ich wiederhole: Einer sachlichen Analyse, und nicht einem blindwütigen Verdammungsgeschrei, das dem jetzt ausgelaufenen Konjunkturprogramm hinterhertönt. Die Behauptung, die Investitionszulage habe ihre Wirkung verfehlt, hält den schlichten Zahlen einfach nicht stand: Im Juni lag der Auftragseingang bei der Investitionsgüterindustrie aus dem Inland - nur dieser kann zur Beurteilung der Wirksamkeit herangezogen werden, da nur er von der Investitionszulage berührt wurde - um nicht weniger als 99 vH über dem entsprechenden Vorjahreswert. Im ganzen ersten Halbjahr 75 war die Investitionsgüternachfrage aus dem Inland 17 vH höher als vor Jahresfrist, das sind nach Abzug der Preissteigerungen real immer noch stattliche zehn vH. An der Inlandsnachfrage hat es nicht gemangelt, es mangelt nach wie vor an den Bestellungen aus dem Ausland.

Eines ist sicher: In der Heide regnet es wieder, und der warme Regen der Auwaldnachfrage wird wieder - wenn sicher anfänglich auch nur tröpfelnd - fallen. Vor Regenmachern und Medizinmännern sei jedoch gewarnt!

(-/20.8.1975/sch/e/sab)

+ + +

Fakten gegen nörgelnde Kritik  
-----

**Opposition auch in der Europapolitik ohne Alternative**

Mit schöner Regelmäßigkeit wirft die CDU/CSU der von Helmut Schmidt geführten Bundesregierung Europafeindlichkeit und der SPD insbesondere ein gestörtes Verhältnis zur europäischen Integration vor. Auch dem europapolitischen Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, Erik Blumenfeld, fällt zu diesem Thema nichts Neues mehr ein. Inwieweit sind also seine Vorwürfe, "daß Bundeskanzler und Bundesfinanzminister ständig durch fadenscheinige fiskalische Vorwände die wirtschaftliche und politische Einigung Europas bremsen", gerechtfertigt? Die Fakten zeigen ein ganz anderes Bild.

Für das Jahr 1975 beträgt der Beitrag der Bundesrepublik zum EG-Haushalt 6.500 Millionen DM. Zieht man die Summe ab, die von Brüssel aus an uns zurückfließt, so bleibt eine Nettobelastung von rd. 3.300 Millionen DM übrig. Hinzu kommen beachtliche finanzielle Leistungen, die sich für uns aus mehrjährigen Verpflichtungen für gemeinsam von den Mitgliedstaaten beschlossene Maßnahmen ergeben. Der Regionalfonds, der eines der wichtigsten Instrumente des inneren Ausbaus der Gemeinschaft ist und dazu beitragen soll, die ärmsten Gebiete der Länder der EG langsam auf den Entwicklungsstand der übrigen Regionen anzuheben, wird von uns in den nächsten zwei Jahren mit 909 Millionen DM subventioniert. Für das gemeinsame Forschungs- und Investitionsprogramm der EG zahlen wir 54 Millionen DM. Nach dem Abschluß des Abkommens von Lomé wird der 4. Europäische Entwicklungsfonds von uns, über einen Zeitraum von fünf Jahren verteilt, rd. 2.500 Millionen DM erhalten.

Es gibt noch viele andere Beispiele, die deutlich machen, wie groß das finanzielle Engagement der Bundesrepublik in der Europäischen Gemeinschaft ist. Die Belastungen, die sich für uns ergeben, müssen freilich in einer richtigen Relation zu den Vorteilen gesehen werden, denn auch wir sind Nutznießer der Gemeinschaft. Ohne sie wäre z.B. die Sicherung unserer Arbeitsplätze viel gefährdeter. Bei bestimmten gemeinsamen Auf-

geben sind wir sogar Nettoempfänger wie beim Sozialfonds. Es ist jedoch legitim, daß Bundeskanzler und Bundesfinanzminister bei einer angespannten Haushaltslage des Bundes eine effiziente Einsetzung der gemeinsamen Mittel fordern. Hieraus Europafeindlichkeit zu folgern, ist absurd.

Dabei wäre es vollkommen falsch, nur auf unsere finanziellen Leistungen hinzuweisen. Es waren die Regierungen Brandt und die Regierung Schmidt, die entscheidende Impulse für die Weiterentwicklung der EG gegeben haben. Ohne das Drängen der Bundesregierung wäre es nicht zur Erweiterung der Gemeinschaft von sechs auf neun Staaten gekommen, und durch die ausgewogene Politik von Helmut Schmidt wurde Großbritannien der Verbleib in der Gemeinschaft ermöglicht. Seine Rede vor dem Labour-Parteitag hat letztlich auch zum positiven Ausgang des Referendums beigetragen.

Die Verbesserung der demokratischen Strukturen der Gemeinschaft ist eine Forderung, die von deutscher Seite immer wieder erhoben wird, und dank unserer Bemühungen und Vorschläge sehen auch unsere Partner in der Gemeinschaft hierin mittlerweile eine der Hauptaufgaben für die nächsten Jahre.

Nicht zuletzt ist unser außenpolitischer Spielraum durch unsere aktive Westpolitik erheblich erweitert worden. Sie hat uns eine erfolgreiche Ostpolitik ermöglicht. Die Entspannungspolitik zwischen Ost und West, in die die Bundesrepublik voll einbezogen ist und der sie entscheidende Anstöße gegeben hat, wäre ohne die Zusammenarbeit mit unseren westlichen Partnern nicht zustande gekommen. Die CDU/CSU kann wie auf anderen Gebieten der Politik auch in der Europapolitik nur durch- und kurzsichtige Kritik anbringen. Auch auf die oft wiederholten Fragen, welches ihre Alternativen sind und was sie besser machen würde, ist die Opposition bis heute noch die Antwort schuldig geblieben.

Helga Köhnen  
(-/20.8.1975/bgy/e/sab)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Dr. Erhardt Eckert